

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 08 | 21.02.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

PLATZ FÜR DICH!

Wissenschaftliche/r ProjektassistentIn mit Diplom/Master (Vollzeit, befristet auf 2 Jahre) gesucht!

Das LIT Law Lab der Johannes Kepler Universität Linz bietet mit Unterstützung der Energie AG Oberösterreich die Möglichkeit, im Rahmen des Projekts „Energierrecht in der digitalen Welt“ zu forschen. Bewerben Sie sich jetzt und werden Sie Teil einer dynamischen Forschungsgruppe im LIT Open Innovation Center!

Alle Informationen zur Stellenausschreibung und Bewerbung finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 30/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Sicherstellung der **Arzneimittelversorgung**

[BGBl II 33/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen betreffend die Übertragung des Rechtes zur **Ernennung von Bundesbeamten** an Leiter von nachgeordneten Dienstbehörden

[BGBl III 15/2020](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend Berichtigung von **Änderungen** der Anhänge F (APTU) und G (ATMF) zum **Übereinkommen** über den **internationalen Eisenbahnverkehr** (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 3. Juni 1999

[BGBl III 16/2020](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend Korrekturen der dem Europäischen Übereinkommen über die internationale **Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstraßen** (ADN) beigefügten Verordnung

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 42I v 14.02.2020, 1](#)

Praktische Anweisungen für die Parteien in den Rechtssachen vor dem **Gerichtshof**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.09.2019, [E 2629/2019](#)

ZPO; Europäisches RechtsanwaltsG; Zurückweisung eines Antrags eines deutschen Rechtsanwalts auf **Verlängerung der Frist** für den Nachweis des Einvernehmens mit einem österreichischen Rechtsanwalt auf Grund **Unzulässigkeit**

03.10.2019, [E 5128/2018 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status der subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung von **Rückkehrentscheidungen** betreffend eine sechsköpfige Familie afghanischer Staatsangehöriger; keine Bezugnahme auf das Nichtbestehen einer internen Schutzalternative für die Familie in Kabul nach der UNHCR-RL

27.11.2019, [E 1599/2019](#)

Wr Wohnbauförderungs- und WohnhaussanierungsG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** auf Grund gesetzwidriger Berücksichtigung von Pflegegeldbezügen als Einkommen bei der Berechnung der Wohnbauhilfe

27.11.2019, [E 2047/2019 ua](#)

Lohn- und Sozialdumping-BekämpfungsgG; Verletzung im **Eigentumsrecht** durch Regelungen des Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsgG und des AusländerbeschäftigungsgG betreffend eine – in der Zeit vor Erlassung einer Entscheidung des EuGH ergangene – **Verhängung von kumulativen Strafen** sowie eines Verfahrenskostenbeitrags iHv 20%; Verstoß gegen die **Dienstleistungsfreiheit** mangels angemessenem Verhältnis der Höhe der Geldstrafe zur Schwere der geahndeten Verstöße

27.11.2019, [E 2893/2019 ua](#)

Lohn- und Sozialdumping-BekämpfungsgG; Verletzung im **Eigentumsrecht** durch Regelungen des Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsgG und des AusländerbeschäftigungsgG betreffend eine – in der Zeit vor Erlassung einer Entscheidung des EuGH ergangene – **Verhängung von kumulativen Strafen** sowie eines Verfahrenskostenbeitrags iHv 20%; Verstoß gegen die **Dienstleistungsfreiheit** mangels angemessenem Verhältnis der Höhe der Geldstrafe zur Schwere der geahndeten Verstöße

27.11.2019, [E 3530/2019 ua](#)

Lohn- und Sozialdumping-BekämpfungsgG; Verletzung im **Eigentumsrecht** durch Regelungen des Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsgG und des AusländerbeschäftigungsgG betreffend eine – in der Zeit vor Erlassung einer Entscheidung des EuGH ergangene – **Verhängung von kumulativen Strafen** sowie eines Verfahrenskostenbeitrags iHv 20%; Verstoß gegen die **Dienstleistungsfreiheit** mangels angemessenem Verhältnis der Höhe der Geldstrafe zur Schwere der geahndeten Verstöße

28.11.2019, [E 1721/2019](#)

BVG-Rassendiskriminierung; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** und im Recht auf **Achtung des Privat- und Familienlebens** durch Abweisung eines Antrags auf Erteilung einer „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“ eines Staatsangehörigen aus Nigeria; keine Berücksichtigung der konkreten familiären Situation des Bf

28.11.2019, [E 2786/2019](#)

ÖffnungszeitenG; Verletzung im **Recht auf ein faires Verfahren** durch Absehen von einer **mündlichen Verhandlung** vor dem LVwG betreffend die Verhängung einer Verwaltungsstrafe wegen Verstoß gegen das ÖffnungszeitenG für den Verkauf von – einer Ausnahmebestimmung unterliegenden – Waren

04.12.2019, [E 1199/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen Staatsangehörigen der Demokratischen Republik Kongo; Verkennung der Rechtslage durch Prüfung der Verletzung der von Art 3 EMRK geschützten Rechte eingeschränkt auf Akteure oder einen bewaffneten Konflikt

12.12.2019, [E 2746/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen Staatsangehörigen der Demokratischen Republik Kongo; Verkennung der Rechtslage durch Prüfung der Verletzung der von Art 3 EMRK geschützten Rechte eingeschränkt auf Akteure oder einen bewaffneten Konflikt

13.12.2019, [E 3687/2019 ua](#)

NÖ StraßenG; Verletzung im Recht auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** betreffend die Inanspruchnahme der Zuständigkeit zur Überprüfung der Höhe einer Enteignungsentschädigung durch das LVwG anstelle eines ordentlichen Gerichts auf Grund verfassungskonformer Auslegung einer Bestimmung des NÖ StraßenG

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

14.11.2019, [Ra 2018/11/0132](#)

KraftfahrG; Abweisung der **Maßnahmenbeschwerde** des Rw, dem Zulassungsschein und Kennzeichentafel des KFZ abgenommen wurden, weil dessen Standgeräusch wegen eines „**Soundgenerators**“ den sich aus dem Zulassungsschein ergebenden Grenzwert unzulässiger Weise um 15 dB(A) überschritten hatte; Gefährdung der Verkehrssicherheit durch Weiterverwendung des Soundgenerators (§ 58 Abs 1 KraftfahrG) und Verursachung starken Lärms iSd § 58 Abs 2 leg cit durch die unzulässige, nicht genehmigte Änderung; vertretbar Annahme einer Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit bzw Unfallgefahr unter Zugrundelegung der Weiterverwendung des Soundgenerators durch VwG

18.12.2019, [Ro 2019/03/0023](#)

EisenbahnkreuzungsVO; 2012 in Kraft getretene EisenbahnkreuzungsVO gilt für alle bestehenden (öffentlichen) **Eisenbahnkreuzungen**; keine **Übergangsbestimmung**, die Abweichendes für bislang iSd § 10 Eisenbahn-KreuzungsVO 1961 gesicherte Anlagen normiert; Eisenbahnbehörden haben bestehende Eisenbahnkreuzungen innerhalb des festgelegten Zeitrahmens zu überprüfen, wobei die in § 102 leg cit festgelegte Möglichkeit, technisch gesicherte Anlagen unter näheren Voraussetzungen für einen längeren Zeitraum, gegebenenfalls bis Ablauf der technischen Nutzungsdauer der Anlage, beibehalten zu können, offenbar vom Ziel getragen ist, einen unnötigen „versunkenen Aufwand“ zu vermeiden; damit ist eine sinnvolle, nach Maßgabe der am Maßstab der Gefährlichkeit zu messenden Dringlichkeit vorzunehmende Reihung der Anpassung an verschärfte Sicherheitsvorschriften ermöglicht

14.01.2020, [Ro 2018/12/0011](#)

Richter- und StaatsanwaltschaftsdienstG; keinen verfassungs- oder unionsrechtlichen Bedenken hinsichtlich der in § 72 Richter- und StaatsanwaltschaftsdienstG angeordnete Regelung des **Stunden-Äquivalenz-Modells**, wonach sich der **Urlaubsanspruch** entsprechend den jeweils geleisteten Dienststunden ergibt; Gesetzgeber ist lediglich angehalten, Urlaub in dem Ausmaß zu gewähren, dass es dem Dienstnehmer entsprechend der geleisteten Arbeit möglich ist, den gesetzlich bzw unionsrechtlich zustehenden Urlaub in Anspruch zu nehmen; er hat nicht zu gewährleisten, dass das in Tage oder Wochen umgerechnete oder festgelegte Urlaubsausmaß auch dann zusteht, wenn der Dienstnehmer seinen Urlaub nicht periodenkonform in Anspruch nimmt

14.01.2020, [Ra 2019/18/0311](#)

VwGVG; BFA-VerfahrensG; bei § 21 Abs 3 zweiter Satz BFA-VerfahrensG handelt es sich um eine von § 28 Abs 3 erster und zweiter Satz VwGVG abweichende Regelung, die auf die Besonderheiten des **asylrechtlichen Zulassungsverfahrens** Bedacht nimmt, indem die Möglichkeit, aber auch die Verpflichtung zur Fällung einer zurückverweisenden Entscheidung im Fall einer Beschwerde gegen einen im asylrechtlichen Zulassungsverfahren erlassenen Bescheid allein an die in § 21 Abs 3 zweiter Satz BFA-VerfahrensG genannten Voraussetzungen geknüpft ist; diese Sonderbestimmung gelangt für sämtliche Beschwerden im Zulassungsverfahren zur Anwendung

VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Nö 03.02.2020, [LVwG-AV-1452/001-2019 ua](#)

SchiffahrtsG; WasserrechtsG; für den Fall, dass die (langfristig erteilte) **wasserrechtliche Bewilligung** die Befugnis, auf das Grundstück des Eigentümers ohne dessen Zustimmung zuzugreifen, nicht einräumt, bedarf es im Falle des Ablaufs des (auf kürzere Laufzeit abgeschlossenen) Bestandsvertrags keines – im WasserrechtsG im Übrigen auch nicht vorgesehenen (vgl demgegenüber § 55 Abs 2 Z 5 und 6 SchiffahrtsG) – Widerrufs der wasserrechtlichen Bewilligung auf Betreiben des Grundeigentümers; sie bietet auch **keinen zivilrechtlichen Titel**, welcher einer Auflösung oder Nichtverlängerung des Bestandsvertrags oder dem Abschluss eines solchen mit einem Dritten entgegenstünde; vielmehr ist der Grundeigentümer durch die wasserrechtliche Bewilligung nicht in seinen aus dem **Eigentumsrecht** erfließenden Befugnissen beschränkt

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. SCHLUSSANTRÄGE

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Mag. Clara Buder, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.